

Einbringung Haushalt 2009 - Haushaltsrede

Stadtrat, 24. September 2008

„Ausgaben für Wünschenswertes dürfen nicht dazu führen, dass die Stadt in einigen Jahren Dringenderes und Lebenswichtiges nicht mehr finanzieren kann.“

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen im Stadtrat und von der Presse,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

Ich steige in diese Einbringung des Planentwurfs für den Haushalt 2009 mit einem Zitat eines meiner Amtsvorgänger (Folie 2) deshalb ein, weil sich hier zeigt, dass sich einerseits die Zwänge der Nürnberger Haushaltspolitik seit den sechziger Jahren nicht so sehr geändert haben, zusätzlich jedoch auch erkennbar ist, dass es genau diese Abwägung ist, die wir in diesem Herbst und in den nächsten Jahren wieder verstärkt treffen müssen. Ich glaube, dass der Umstand, dass wir unser gemeinsames Ziel, den weiteren Anstieg der Verschuldung zu stoppen, trotz der im Vergleich zum Beginn des Jahrzehnts üppigen Steuereinnahmen kaum mehr realisieren können, neben externen Einflussfaktoren auch zu einem Teil darauf zurück zu führen ist, dass wir in den vergangenen Jahren ein bisschen zuviel „Wünschenswertes“ beschlossen haben. Doch hierzu später mehr.....

Um es gleich vorweg zu sagen, ich werde heute nicht die Eckdaten des Ihnen vorliegenden Vorberichts vortragen, diese werden Sie sicher selbst lesen. Wir haben ihn ja gegenüber den bisherigen Eckdaten etwas verändert. Dies ist zum einen den Vorschriften der nunmehr gültigen kommunalen Haushalts-Verordnung geschuldet, zum anderen auch dem Willen, bestimmte Zusammenhänge und Entwicklungen darzustellen, die für das Verständnis der Stadtfinanzen und des Haushalts-Planentwurfes wichtig sind (Folie 3).

Ich möchte Sie heute stattdessen auf eine kleine Reise mitnehmen, die natürlich auch die wichtigsten Daten des Haushalt-Planentwurfes beinhaltet, aber eben auch einige diesem zugrundeliegende Zahlen und Entwicklungen darstellt. Dazu gehört auch, die Einflüsse zu diskutieren, mit denen unsere beiden übergeordneten föderalen Ebenen immer wieder in unsere Finanzsituation eingreifen, selten zu unserem Vorteil.

Rückblick auf 2007 und laufendes Jahr 2008

Doch zunächst zu den wichtigsten Zahlen – und hier zuerst der Blick zurück:

Das Jahresergebnis 2007 (Folie 4) war mit einem Defizit von 3,3 Mio. € am Ende gut 10 Mio. € besser als geplant. Das ist vor allem deshalb so wichtig, weil dieser nur geringe Verlust unsere Ergebnisrücklage schont und das ist wichtig, da kommen wir später noch mal drauf.

Das aktuelle Haushaltsjahr mit einem geplanten Defizit von 25,4 Mio. € könnte im Ergebnis plangemäß verlaufen, weil sich Veränderungen unterschiedlicher Planansätze weitgehend ausgleichen. Dazu hat das Kassensturzpapier das Wesentliche gesagt. Entscheidend für das Endergebnis werden die tatsächlichen Gewerbesteuererinnahmen am Ende des Jahres sein.

Eckdaten Haushalt 2009

Die Eckdaten des Haushaltsplanentwurfs 2009 zeigt Folie 5. Ein leichter Rückgang bei den ordentlichen Erträgen, dem ein leichter prozentualer Anstieg bei den ordentlichen Aufwendungen gegenüber steht. Dieses Auseinanderdriften von Erträgen und Aufwendungen bedeutet bereits eine Ergebnisverschlechterung um 9,8 Mio. € gegenüber dem Haushalts-Plan 2008. Ein etwas besseres Finanzergebnis führt dazu, dass das geplante Defizit nur um 14,8 % von 25,4 Mio. € in 2008 auf 29,2 Mio. € steigt. Ein wichtiger Faktor hierbei sind die erwarteten Steuereinnahmen, die mit 706,5 Mio. € um knapp 2 % abnehmen. Entscheidender Punkt hierbei ist die Gewerbesteuererwartung. Zum gewählten Gewerbesteueransatz unten später noch mehr.

Nun zu dem Punkt, der ja schon im Rahmen der öffentlichen „Kassensturzpapier-Diskussion“ großes Aufsehen erregt hat und in der Tat eine schwierige Entwicklung darstellt. Die Netto-neuverschuldung steigt auf 78,1 Mio. €.

Eine der beiden Hauptursachen ist der Anstieg der städtischen Mittel für die Investitionen um 25,5, % auf über 130 Mio. €.

Dieser Anstieg führt über die 4 Jahre zu einem Anstieg der Eigenmittel für Investitionen um 31,9 %.

Grundsätze bei der Aufstellung des Haushalts-Entwurfs

Wichtig für den Stadtrat sind auch die Grundsätze der Festlegung der Haushalts-Ansätze für den aktuellen Haushalts-Entwurf auf der Folie 6.

Erträge des Haushalts

Die Struktur der Gesamterträge sehen Sie in Folie 7. Wichtigste Einnahmequelle sind die Steuern, gefolgt von den Zuweisungen und Zuschüssen, den Kostenerstattungen und Umlagen, sowie den öffentlich-rechtlichen und privatrechtlichen Leistungsentgelten. Letztere mit einem leichten Anstieg, mit dem größten Zuwachs die Zuweisungen und Zuschüsse und rechts oben das schon erwähnte Finanzergebnis.

Lassen Sie uns kurz bei unserer wichtigsten Einnahmequelle, den Steuereinnahmen und deren Entwicklung verweilen. Sie sehen in Folie 8, dass fast alle Steuerarten sich nahezu gleich und leicht steigend entsprechend der angenommenen Basis und der Fortschreibung nach der vom AK Steuerschätzung prognostizierten Entwicklung wachsen. Allerdings mit der Ausnahme der Gewerbesteuer, zu deren Ansatz folgende Erklärung:

Sie wissen, wir hatten in 2006 das Hoch von 400 Mio. € und den Absturz auf 340 Mio. € in 2007. Der letztjährige Ansatz von 380 Mio. € orientierte sich noch sehr stark an dem Ergebnis von 2006. Dementsprechend haben wir uns auf Basis der Hochrechnung des Kassensturzpapiers, nach der wir 2008 eher mit einem Ergebnis wohl näher an 2007 rechnen müssen, an dem Ergebnis von 2007 orientiert. Dieses haben wir mit der noch sehr optimistischen Mai-Prognose des AK-Steuerschätzung fortgeschrieben. Die Gewerbesteuer für 2009 auf Basis der damals noch sehr optimistischen Konjunkturprognose der Bundesregierung wurde um 3,6 % erhöht. Wir liegen also jetzt bei 353 Mio. €. Ich sage Ihnen offen, das halte ich für einen realistischen, gebremst optimistischen Ansatz. Mehr anzusetzen, würde ich auch vor dem Hintergrund der letzten Tage für falsch erachten. Zwar verändert sich die Gewerbesteuer zeitverzögert. Aber ein Teil, nämlich die Vorauszahlungen, werden bei absehbar niedrigeren Gewinnen der Unternehmen relativ schnell reduziert. Also wie gesagt, ein gebremst optimistischer, den Realitäten draußen Rechnung tragender Ansatz.

Wichtig unten die Zweitwohnungssteuer, deren Ansatz wir im Rahmen des Kämmereipaketes noch um etwa ein Drittel reduzieren müssen. Dies ist Folge der vom Bayerischen Landtag kurz vor der Sommerpause beschlossenen Änderung, nach der bei positiven Einkünften von unter 25.000 bzw. 30.000 € keine Zweitwohnungssteuer mehr gezahlt werden muss. In Folie 9 sehen Sie die Verläufe der Steuereinnahmen seit 1999. Relativ konstant Umsatz- und Einkommensteuer, auf und ab die Gewerbesteuer mit dem Tiefpunkt 2003 und dem Höhepunkt 2006.

Folie 10 vergleicht die unterjährigen Verläufe bei der Gewerbesteuer und die beiden Planansätze 2008. Ein eindeutiges Muster ist nicht zu erkennen. In 2006 eine fast gerade Linie nach oben. In 2007 eher ein Zickzackkurs. In 2008 gut startend mit bisher flachem Verlauf.

Aufwendungen des Haushalts

Kommen wir zur Struktur der Aufwandspositionen mit den beiden großen Kostenblöcken Personalaufwand aktiv und passiv sowie den Transferaufwendungen (Folie 11). Die Gründe für die Steigerungen beim Personal sind bekannt: Tarifsteigerung und vermehrte Stellenschaffungen. Dass es bei den Transferaufwendungen leicht zurück ging, obwohl die Kosten im Bereich der beiden Grundsicherungen wieder ansteigen, ist mit Ansätzen für Verlustausgleiche der städtischen Töchter zu erklären, die sowohl Erwartung als auch Hoffnung zum Ausdruck bringen. Dazu später Ergänzendes.

Die Entwicklung der Anteile der einzelnen Aufwandspositionen seit 2005 zeigt Folie 12. Auch hier zeigt sich: nach einem Rückgang der aktiven Personalaufwendungen bis 2007, steigen diese jetzt auch relativ wieder an. Diesem Umstand ist besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

Auch hier der Blick auf ausgewählte Ausgabepositionen. So steigen die Ausgaben der Wirtschaftlichen Jugendhilfe auf 49,3 Mio. €. Folie 13 zeigt, dass alle Bereiche mehr oder weniger deutlich höher angesetzt werden mussten als 2008. Wir sind an dieser Stelle in der Zange zwischen gesetzlichem Anspruch, gesellschaftlicher Verantwortung und finanzieller Leistungsfähigkeit. Ein kleiner Teil, aber vielleicht doch auch eine Erklärung, warum es bei den meisten Großstädten, wenn sie nicht gerade in Gewerbesteuer ertrinken wie die Münchner oder ihre Töchter verkaufen wie die Düsseldorfer, mit dem Schuldenabbau nicht ganz so klappt. Wie auch immer, diese Kostenentwicklungen dürfen nicht nur mir als Kämmerer Sorge bereiten. Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: ich stehe zur Hilfe für alle, die Hilfe brauchen. Aber es hat sich in unserem Land ein wenig eingebürgert, dass Ausgabensteigerungen in eklatanten gesellschaftlichen Defizitbereichen kaum mehr hinterfragt werden dürfen. So ein Bereich ist im Moment auch der Schulsektor. Und da bin ich der Meinung: Gerade da, wo wir so viel Geld investieren, muss dieses auch transparent und effizient geschehen. Deswegen ist es mir wichtig, in den nächsten Jahren ein taugliches Kennzahlencontrolling einzuführen. Eines, das es den Dienststellen ermöglicht, ihre Aufgaben besser zu steuern, aber auch mir als Kämmerer und dem Stadtrat Zielabweichungen und Ineffizienzen meldet. Im Moment haben wir da gar nichts, das muss und wird sich ändern.

Und da sind wir auch schon bei den Zuschüssen, die 80 Mio. - Blackbox unseres Haushalts (Folie 14). Wir werden versuchen, da in der nächsten Zeit etwas mehr Licht rein zu bringen. Der große schwarze Block, das sind die Ref.V-Zuschüsse, gefolgt von der Kultur und dem Wirtschaftsreferat.

Wir haben uns mal die Mühe gemacht, die jeweils drei größten Zuschussbereiche in diesen 3 Referaten ausfindig zu machen. Folie 15 zeigt sie.

Ordentliche Erträge und Aufwendungen

Oben schon erwähnt und auf Folie 16 nochmal in der Entwicklung zu sehen: Das Verhältnis zwischen Erträgen und Aufwendungen verschlechterte sich Stück für Stück und dreht sich beim Planentwurf 2009 wieder ins Negative. Kein Kämmerer legt in seinem ersten Haushalt gerne so einen Verlauf vor, aber das ist Realität.

Deshalb an dieser Stelle bereits mein Appell an den Stadtrat, im Rahmen der Haushalts-Beratungen keine nennenswerte Erhöhung bei konsumtiven Ausgabenpositionen im Bereich der ordentlichen Aufwendungen ins Auge zu fassen. Wenn dies geschieht, dann vergrößert sich unser geplantes Defizit. Folie 17 zeigt die Entwicklung der Ergebnismrücklage in Abhängigkeit von den erzielten Defiziten. Kommen das 2008er und das 2009er Ergebnis in der jetzt geplanten Höhe, dann ist die Ergebnismrücklage Ende 2009 bei 8 Mio. €. Ab dann dürfen eigentlich keine Defizite mehr geplant und eingefahren werden.

Die städtischen Investitionen steigen deutlich an

Und damit sind wir auch schon bei den Investitionen. Der MIP 2009 - 2012 ist allein schon 2009 mit einem städtischen Eigenanteil von 130,4 Mio. € so hoch wie nie zuvor. Sie sehen auf der Folie 18 die Anteile und absoluten Summen in €, die in den einzelnen Sparten nach diesem Entwurf ausgegeben werden sollen. Wie ist es zu dieser Höhe gekommen ?

- nachholender Sanierungsbedarf bei Gebäuden, Straßen und Brücken
- gesetzlich und gesellschaftlich ausgelöster Investitionsbedarf bei Schulen und Kinderbetreuung
- vom Stadtrat beschlossene Projekte wie der Frankenschnellweg (verkehrs- und wirtschaftspolitische Gründe sowie Aspekte der Lebensqualität in den dortigen Stadtteilen)

Eine Reduzierung der bereits in den vergangenen Jahren in den Mittelfristigen Investitionsplan aufgenommenen Maßnahmen ist in der Regel nur noch sehr bedingt möglich. Einer Streichung stehen vertragliche Verpflichtungen, ein bereits erfolgter Baubeginn oder dringender Handlungsdruck bei Unterhalts- und Ersatzmaßnahmen gegenüber.

Hier hat sich die besondere Situation gezeigt, dass der MIP für das Jahr 2009 bereits ohne Neuaufnahmen eine deutliche Steigerung gegenüber dem alten MIP beinhaltet hat. Und dahinter standen eine Fülle von Maßnahmen insbesondere im Bereich Kinderbetreuung und Schulen, die vorrangig abzarbeiten sind – wegen gesetzlicher Vorgaben oder wegen aktuell vorhandener Förderprogramme. Was tun ?

- Der Versuch des Streichens von Positionen ist nicht gelungen. Zum einen weil fachlich selten vertretbar, da, wo es fachlich zu vertreten gewesen wäre, hätte der Kämmerer, wie man das erwarten würde, auch vom Stadtrat bereits beschlossene Positionen streichen können. Man mag mir glauben, dass es solche Positionen gibt, die ich durchaus in Gedanken hatte. Die, die eben nur „Wünschenswert“ sind. Doch auch bei dieser Kategorie gibt es Rahmenbedingungen und Vorleistungen, nicht zuletzt häufig eine jahrzehntelange Diskussion und einen Stadtratsbeschluss, die schon das Verschieben schwierig machen. Deswegen geht es vor allem darum, dass der Stadtrat die Abwägung „wünschenswert“ und „notwendig“ künftig schon im Vorlauf von Beschlüssen intensiver durchführt, um diesen Druck auf den MIP und die eigenen Entscheidungsspielräume gar nicht mehr zu entwickeln. Auch verwaltungsintern haben wir geplant, dass wir dem Stadtrat hierzu mehr Informationen geben werden. Ich weiß, dass es schwierig ist für Stadträte, Ausschüsse und Fachreferenten, sich beim Wünschenswerten zu beschränken. Aber ständig was zu bestellen, was man eigentlich nicht bezahlen kann, ist auch nicht so befriedigend. Wir werden uns gemeinsam mehr und auch unterjährig mit dem städtischen Kontostand befassen müssen. Es ist erwiesen, dass bei vielen privaten und betrieblichen Überschuldungen das Ende auch dadurch eingeleitet wird, dass die Ausgaben zunehmen, aber die

Kontoauszüge nicht mehr gelesen werden. Das „Kassensturzpapier“ war der erste, unterjährige „Kontoauszug“, weitere sollen folgen.

- Wie ist es dann weitergegangen bei der MIP-Aufstellung ? Die Diskussion in der Referentenrunde über die Situation und die Darstellung dringender, weiterer Notwendigkeiten durch viele Fachreferenten. Aber kein einziger Streichungsvorschlag. Im Gegenteil weitere schriftlich formulierte Forderungen. Und immer wieder der Druck aus dem Bereich Schulen und Kinderbetreuung. Das Datum 2013 steht ja im Raum.
- Ich habe mich nach langer Abwägung entschieden, einen MIP-Entwurf vorzulegen, der sich anders als in der Vergangenheit darstellt. Wir haben die Obergrenze ausgelotet, die gerade noch vertretbar ist und haben den MIP für die nächsten 4 Jahre vollgemacht mit den „notwendigen“ Investitionsprojekten. Im letzten Jahr steht noch ein Platzhalter für die „Kinderbetreuungsprojekte“, die noch nicht beziffert werden können, drin. Mehr geht nicht mehr. Wenn da noch was rein soll, muss was anderes raus. Zum Thema „Neuverschulung“ kommen wir ja noch.

Folgende Projekte haben wir dann u.a. noch reingenommen (Folie 19):

- Feuerwache 1
 - die beiden Schulprojekte Dürer-Gymnasium/ Uhlandschule
 - das Dokumentenmanagementsystem ELAN zur Weiterentwicklung der Stadtverwaltung
 - das Kinder- und Jugendhaus Pastoriussiedlung, die Kinderbetreuungseinrichtungen Hopfengartenweg, Lortzingstraße, Elsa-Brändström-Straße, Neue Hegelstraße, Dörfnerstraße
 - Und zum Schluss noch eine Pauschale, mit der wir die Maßnahmen realisieren können, die noch nicht feststehen, aber 2013 fertig sein müssen.
- Viele finden das wahrscheinlich gar nicht lustig, weil der finanzielle Spielraum für den Stadtrat jetzt praktisch Null ist (außer für die, die im Bereich der enthaltenen Projekte streichen können und wollen). Aber es gibt auch viele Vorteile für den Stadtrat:
 - Die Finanzierung der Projekte ist gesichert.
 - Es herrscht für den Stadtrat Klarheit, was geht und was nicht.
 - Die Verwaltung, insbesondere der Kollege Baumann, hätte ebenfalls Klarheit über das Investitionsprogramm in den nächsten Jahren und kann das gut planen.
 - Die Risiken bei diesem Investitionsprogramm: Dies wirkt sich auch unmittelbar auf den Erfolgsplan aus. Es wird das Ergebnis in den Folgejahren durch Abschreibungen und durch die finanzierungsbedingten Zinsaufwendungen belastet. Ferner entstehen bei neuen Einrichtungen dauerhaft zusätzliche Betriebskosten (Personal, Unterhalt etc.). Der Haushaltsausgleich wird schwerer.

Nun zu den großen Investitionsbereichen und deren Steigerungsraten im Einzelnen. Auf Folie 20 sehen sie, dass mit einem Plus von 117,1 % die größte Zuwachsrate gegenüber dem letztjährigen MIP die Kinderbetreuung aufweisen kann, gefolgt von der Feuerwehr, den Brücken, den Verwaltungsgebäuden, den sonstigen Investitionen, dem Block Straßenbau/ Radwege, dem ÖPNV und den Schulen. Fast stabil der Ansatz bei Grün und Spielplätzen sowie ein leichter Rückgang bei Sport, Freizeit und Kultur.

Die MIP-Höhe steigt wie oben begründet seit 2007 kontinuierlich an und bleibt bis 2012 oben (Folie 21). Die Folie 22 zeigt exemplarisch, was wir im Bereich Schulen seit 2003 investiert haben und wie wir es finanzieren. Zum Thema Finanzierung von Ganztageschulen komme ich später noch einmal.

Eine weitere schlechte Nachricht: Entsprechend neuester Berechnungen des Baureferates steigen die Kosten bei einigen Ansätzen bereits jetzt weiter an (Folie 23). Und da wird es jetzt ernst: Wenn wir es nicht schaffen, diese Kostensteigerungen zu reduzieren, dann werden wir über aktuelle Positionen des MIP-Entwurfs 2009-2012 in den Haushaltsberatungen nachdenken müssen. Ein weiteres Aufblasen ist nicht zu verantworten.

Ein Satz zu dem Thema Bauen und Kostensteigerungen, das uns im Moment fast täglich beschäftigt: Eines ist dabei klar: ein System, das solche Unschärfen mit großen finanziellen Auswirkungen produziert, muss geändert werden. Es gibt viele Ursachen für die Kostensteigerungen: Anstieg der Baukosten, zusätzliche Nutzeranforderungen, unsichere, zu schnell geschätzte und veröffentlichte Erstkalkulation. Wie auch immer, ich glaube, wir brauchen einen neuen klar definierten Planungs- und Entscheidungsprozess, eine bessere Projektsteuerung unter den beiden Aspekten Projekt- und Finanzcontrolling und vielleicht einen „point of no return“, d.h. einen Punkt, ab dem nichts mehr dazukommen darf. Wie auch immer, wenn wir das Investitionspaket packen wollen, dann müssen wir das besser hinkriegen, so waren wir uns auch gestern in der Referentensitzung einig. Eine verwaltungsinterne Arbeitsgruppe wurde vom Oberbürgermeister bereits beauftragt.

Soviel zu den Investitionen. Damit wir die bezahlen können, muss der Finanzhaushalt einigermaßen auf der Spur sein und die Liquidität wie bei jedem Unternehmen draußen gesichert sein.

Finanzhaushalt 2009

Deshalb ist der Blick auf den Finanzhaushalt als weiteres wichtiges Element unserer kommunalen Doppik ebenso wichtig wie der Ergebnishaushalt. Dieser zeigt die Zahlungsströme, deren tatsächliche Herkunft und die Verwendung (Folie 24).

Der Finanzhaushalt stellt die unterjährigen Zahlungsströme gegliedert nach laufender Verwaltungs-, Investitions- und Finanzierungstätigkeit dar. Der Cashflow aus laufender Verwaltungstätigkeit leitet sich aus den zahlungswirksamen Erträgen und Aufwendungen des Ergebnishaushalts ab. Aus sämtlichen Zahlungsbewegungen ergibt sich die Veränderung des Finanzmittelbestands zum Bilanzstichtag.

Entscheidend dabei ist, dass aus laufender Verwaltungstätigkeit ein ausreichender positiver Cashflow (hier dargestellt durch negatives Vorzeichen) erwirtschaftet wird, um die Tilgung der Kredite bzw. die Investitionen zu finanzieren.

Der Blick auf die grau unterlegten Zeilen zeigt die wesentlichen Daten. Der Cashflow aus der Verwaltungstätigkeit ist signifikant gesunken. Dies korrespondiert mit der Verschlechterung beim Verhältnis von ordentlichen Erträgen und Aufwendungen. Der Anstieg der Investitionstätigkeit wird bei den Auszahlungen für eigene Investitionen deutlich, so dass der negative Cashflow aus der Investitionstätigkeit um über 21 Mio. € auf insgesamt 96,9 Mio. € steigt. Dies ergibt einen Finanzmittelfehlbetrag von 82,1 Mio. €, das ist die Summe, die zu decken ist. Und deshalb steigt die Nettoneuverschuldung nach diesem Plan von 31,2 Mio. € auf insgesamt 78,1 Mio. € an.

Und lassen Sie mich hier einen Moment verweilen. Dieser Finanzhaushalt und dieser Anstieg der Nettoneuverschuldung haben drei Ursachen:

- der Anstieg der Kostensituation im Ergebnishaushalt (insbesondere im Bereich der Personalkosten), mit der die Erträge nicht mitgewachsen sind.
- das Hochschrauben des MIP aus den mehrfach genannten Gründen
- Und die Korrektur der mittelfristigen Finanzplanung des Vorjahres, die für 2009 zwar nur eine Nettoneuverschuldung von knapp 19,1 Mio. € vorhergesehen hat, gleichzeitig jedoch in der untersten Zeile einen Finanzmittelfehlbetrag von 38,5 Mio. € Geld, das nicht vorhanden ist, das man auch in einem Jahr nicht einsparen kann (Folie 25).

Lassen Sie mich an dieser Stelle aus der HH-Genehmigung der Regierung von Mittelfranken zitieren: *„Die Stadt erreicht im mittelfristigen Finanzplan zwar planerisch ihr Ziel, im Jahr 2010 einen Haushalt ohne Nettoneuverschuldung aufzustellen. Im Finanzplan entstehen dadurch jedoch erhebliche Deckungslücken von insgesamt 126 Mio. €, die keinesfalls aus den vorhandenen städtischen Finanzmitteln gedeckt werden können. Die Steuerzuwächse können nur einmal verwendet werden..... Der Saldo müsste sich jährlich um ca. 42 Mio. € verbessern. Es erscheint deshalb zweifelhaft, dass die Stadt dies erreicht. Sie wird, wenn sie nicht das Investitionsvolumen entsprechend verringert, die Lücken mit neuen Krediten decken müssen.“*

Und ein weiteres Zitat, diesmal von meinem Vorgänger aus seiner Haushaltsrede des letzten Jahres: *„Im doppischen Haushalt müssen wir, wenn wir unsere Selbstverpflichtung zum Haushalt ohne Neuverschuldung im Jahr 2010 ernst nehmen, einen positiven Ergebnisabschluss in der Größenordnung von ca. 50 Mio. € erreichen, sonst können die Investitionen ohne Nettoneuverschuldung nicht finanziert werden.“*

Kolleginnen und Kollegen, das hat mein Vorgänger anlässlich der Einbringung des HH-Entwurfs 2008 mit einem geplanten Defizit von ca. 25 Mio. € gesagt. Das macht nach Adam Riese 75 Mio. € Differenz. Wo hätte der Stadtrat innerhalb von 2 Jahren eine solche Summe herzaubern sollen ?

Damit ist klar, dass von dem Anstieg von etwa 58 Mio. € bei der Nettoneuverschuldung gegenüber dem Plan von 2008 nur ein Teil auf den Anstieg der Investitionen zurückgeht. Exakt 38 Mio. € waren immer als Lücke da, dass wir uns jetzt offen eingestehen müssen, dass wir das kreditfinanzieren müssen, ist zwar bedauerlich, aber eben auch ein Stück Wahrheit und Klarheit für die Haushaltsberatungen 2009.

Bezieht man diese Dinge mit ein, wird deutlich, dass die Kurven der Nettoneuverschuldung des letztjährigen Entwurfs und diesjährigen gar nicht so weit voneinander entfernt liegen (siehe Folie 26). Der entscheidende Unterschied sind die gestiegenen Investitionsausgaben.

Und das ist eine wichtige Botschaft und Erkenntnis intern, aber auch nach draußen: Wir verschulden uns, um in wichtige Zukunftsinfrastruktur zu investieren. Es ist kein Anstieg der Verschuldung, der sofort konsumtiv verfrühstückt wird.

Um dies durchzuhalten, ist es jedoch wichtig, dass der Stadtrat sich bei den Haushaltsberatungen beim Thema zusätzliche Personalstellen und Zuschüsse zurückhält.

Ein weiterer Aspekt ist das im Kassensturz geforderte 50 Mio. €-Sparpaket. Das müssen wir hinkriegen, ein Teil ist bereits im Haushaltsplanentwurf enthalten. Das ist die Ausschüttung der Sparkasse und die Erhöhung der Konzessionsabgabe durch die Erreichung der 500.000-Einwohnergrenze. Für den wichtigeren und größeren Teil, die Stufen II und III aus dem „Kassensturzpapier“ werden H. Köhler und ich Ihnen zu den HH-Beratungen ein Verfahrens- und Beschlusspaket vorlegen. Folie 27 zeigt den Verlauf der Nettoneuverschuldung mit und ohne Sparpaket.

Dabei ist das Erreichen einer Senkung der Nettoneuverschuldung kein Selbstzweck. Folie 28 zeigt noch mal die wesentlichen Anforderungen der neuen kommunalen Haushaltsverordnung. Wie bereits im Kassensturzpapier erläutert, ist neben dem Ausgleich des Ergebnishaushalts und der Verschuldungsentwicklung die sog. „dauerhafte Leistungsfähigkeit“ wichtig. Und diese ist eigentlich nicht gegeben, wenn wir aus dem Finanzüberschuss (Cashflow) aus der Verwaltungstätigkeit nicht mindestens unsere Tilgungen decken können. Meine ersten Gespräche mit der Regierung von Mittelfranken haben gezeigt, dass die Akzeptanz unseres Weges entscheidend davon abhängen wird, ob wir glaubhaft darstellen können, dass die Ausweitung der Investitionen konsequent mit der Umsetzung eines entsprechenden Konsolidierungspaketes verbunden sein wird.

Verschuldung und Vermögen

Jetzt zu dem Thema „Verlauf der Verschuldung“ und der damit verbundenen Diskussion. Folie 29 versucht, dieses Thema, das in der deutschen und auch in der Nürnberger Öffentlichkeit mit sehr viel Herzblut diskutiert wird, darzustellen. Wir sehen drei Linien:

- Die unterste Linie stellt die Verschuldung des Kernhaushaltes dar.
- Die obere Linie stellt die Verschuldung der Stadt einschließlich der Eigenbetriebe dar.
- Die mittlere, gestrichelte Linie stellt die Verschuldung der Stadt einschließlich der Verschuldung der Eigenbetriebe dar, deren Verschuldung durch den Kernhaushalt wirtschaftlich mitgetragen werden muss. Dies sind die Eigenbetriebe NüBad, FSN und der Regiebetrieb Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme Nürnberg-Herpersdorf. Man sieht, die Linie ist deutlich näher an der Linie der Kernhaushaltsverschuldung als an der oberen Linie. Es ist also so, dass die Wahrheit in der Mitte liegt, aber doch deutlich näher an der Kernhaushaltsverschuldung.

Auf einen Aspekt würde ich in diesem Zusammenhang gerne die Aufmerksamkeit lenken. Nämlich die Tatsache, dass man bei Unternehmen nie nur die Verbindlichkeiten betrachtet, sondern immer auch die Perspektive, d.h. das, was mit den Schulden an neudeutsch „Assets“ bzw. Vermögen, also Investitionen in Produktionsstätten, aber auch Know-how aufgebaut wird. Dazu gibt es dann auch viele Kennzahlen, die das Verhältnis zwischen Vermögen und Schulden deuten.

Die Doppik steht hier erst am Anfang und im Moment sieht es so aus, dass es die kommunale Familie im Verbund mit den Ländern durch eine Vielzahl an unterschiedlichen Regelungen mal wieder schafft, dass die Bilanzen aufgrund unterschiedlichster Bewertungsansätze nahezu unvergleichlich sind. Trotzdem wird in einer Arbeitsgruppe des Innenministeriums an einem Kennzahlenset auf bayerischer Ebene gearbeitet. Ich möchte dies auch hier in Nürnberg vorantreiben, weil ich glaube, dass Kennzahlen bei aller Interpretationsbedürftigkeit und Verdichtung wichtige Informationen geben für die Steuerung einer Kommune. Aber wir sind noch nicht so weit.

Trotzdem haben wir versucht, auf Basis der Planwerte und mit einigen Unsicherheiten hinsichtlich der Bewertung behaftet, die Entwicklung des Anlagevermögens der Stadt in seiner Entwicklung darzustellen (Folie 30). Und man sieht, dass einem Anstieg der Schulden eben auch ein Anstieg des Anlagevermögens gegenübersteht. Dieses ist natürlich nicht, wie von vielen Kritikern sofort angemerkt, so auf dem Markt zu verkaufen. Aber wir arbeiten täglich auf, in und mit all den Verwaltungsgebäuden, Schulen, Straßen und erbringen Dienstleistungen für unsere Bürgerinnen und Bürger.

Folie 31 zeigt, und das sei auch deutlich gesagt, dass der prozentuale Anstieg der Schulden ab 2007 größer ist als der des Anlagevermögens. Da ist allerdings der Effekt der bei den Verbindlichkeiten niedrigeren Basis zu berücksichtigen.

Jetzt zu einem positiveren Aspekt des Themas Verschuldung: Die Liquidität der Stadt und damit verbunden die Entwicklung der Kassenkredite. Der Kassenkreditrahmen zur Sicherung der Liquidität der Stadt beträgt seit 2007 250 Mio. €. Wie Sie dem Vorbericht entnehmen können, war die Liquidität der Stadt im Jahr 2007 jederzeit gewährleistet. Maximal wurden kurzfristig knapp 107 Mio. € aufgenommen (siehe Folie 32). Sie sehen, dass wir während eines guten Teils des Jahres im Plus waren, dieses Geld wird täglich zu Tagesgeldkonditionen angelegt.

Wichtig in diesem Zusammenhang ist auch die mittelfristige Entwicklung der Liquidität. Sie sehen, dass sich diese im Zuge des Anstiegs der Steuereinnahmen kontinuierlich verbessert hat und jetzt um den Nullpunkt oszilliert, während sie in der Vergangenheit ausschließlich im negativen Bereich geschwungen ist (siehe Folie 33).

Damit unterscheiden wir uns deutlich von vielen anderen Großstädten. Nach einer Information des Deutschen Städtetags betrug das Volumen der dauerhaften Kassenkredite im letzten Jahr insgesamt gut 28 Mrd. €.

Risiken der Planaufstellung

Damit komme ich zu den Risiken der Aufstellung dieses Haushalts. Und das sind einige, wir haben sie im Überblick gerade noch auf eine Folie gebracht (siehe Folie 34). Darunter sind bekannte, allgemeine Risiken, wie sie bei jeder Haushalts- oder Wirtschaftsplanaufstellung existieren. In der aktuellen Situation sind wir allerdings damit konfrontiert, dass sich bezüglich der näheren und mittelfristigen Zukunft eine besondere Unsicherheit darstellt. Das muss ich Ihnen nicht näher erläutern, wer die Zeitungen aufmerksam liest, bekommt das mit.

Im Moment in aller Munde und daher ganz oben: die Finanzkrise und ihre Auswirkungen. Zumindest die nächsten fünf Risiken in der Aufstellung sind unmittelbar damit verbunden.

- Natürlich kann sich ein hierdurch verursachter Abschwung bei der Konjunktur in Deutschland und auch in der Region bemerkbar machen. Wenn unsere Exportmärkte betroffen sind, dann spüren wir das gerade in Nürnberg mit unserer exportintensiven Wirtschaftsbasis. Auswirkungen würde dies auch auf den Arbeitsmarkt, und damit auf unser Einkommensteueraufkommen und unsere Transferleistungen haben.
- Zum Gewerbesteueransatz und den damit verbundenen Risiken habe ich schon das Notwendige gesagt. Deshalb noch ein Satz zu der Frage, ob uns eine Anhebung des Gewerbesteuerhebesatzes hilft. Es wäre, denke ich, im Moment wohl ein falsches Signal. Zum einen weil im Rahmen der Unternehmenssteuerreform die Gewerbesteuer durch die Absenkung der Körperschaftssteuer viel größeres Gewicht für die Gesamtsteuerbelastung der Unternehmen hat, zum anderen aus diesem Grund der Hebesatz in der Standortkonkurrenz daher auch wieder eine größere Rolle spielt.
Umgekehrt, und das sei an dieser Stelle auch deutlich gesagt, halte ich aus Sicht der Stadt Nürnberg und der vor uns stehenden Aufgaben nennenswerte Steuersenkungen etwa im Bereich der Einkommensteuer, die sich nach ersten Schätzungen im zweistelligen Einnahmenbereich negativ für Nürnberg niederschlagen würden, für falsch. Jede aktuelle Steuersenkung mit Wirkung auf kommunale Einnahmen in der Zukunft macht es uns noch schwerer, die anstehenden gesellschaftlichen Aufgaben zu schultern. Ich hoffe, dass wir auf Ebene der Kommunalpolitik hierzu durchaus Konsens herstellen können. Eines, und das sei noch mal betont, wird nicht gehen: massive Steuersenkungen in der Hoffnung auf noch ungewisses Wachstum gleichzeitig zu verbinden mit einer Sanierung der öffentlichen Haushalte und der soliden Finanzierung der notwendigen öffentlichen Investitionen. Ob hier in Nürnberg oder anderswo.

- Zum Risiko Inflation muss man nicht viel sagen, die spürt jeder selbst, aber eben auch die Stadt.
- Der Anstieg der Zinsen ist im Gang, viele erwarten von der Finanzkrise eine Verschärfung. Andererseits bringt eine Abschwächung der Konjunktur Entlastung auf den Zinsmärkten. Aktuell haben wir in unserem Portfolio einen Durchschnittszins von 4,50 %, während die kurzfristigen Marktzinsen bereits die 5%-Grenze überschritten haben. Wir planen im Dezember einen detaillierten Schuldenbericht, in dem wir den Stadtrat über die weitere Entwicklung informieren.
- Zur Situation bei den großen städtischen Töchtern steht das Wichtigste im Vorbericht, der Ihnen zugegangen ist. Wir haben Verlustausgleiche eingestellt, die einerseits der schwierigen Situation Rechnung tragen, jedoch auch die Erwartung zum Ausdruck bringen, dass unsere Töchter ihre Defizite möglichst klein halten.
- Risiko Sparpaket: Ich habe es mehrmals gesagt, wenn wir es nicht schaffen, unsere Hausaufgaben beim Sparen und Modernisieren zu machen, dann wird es nicht möglich sein, dieses Investitionsprogramm zu realisieren.
- Zum Risiko der dauerhaften Leistungsfähigkeit wurde oben schon alles gesagt.
- Und der letzte Punkt ist einer, von dem jeder Kämmerer hofft, dass er irgendwann nicht mehr auftaucht, aber das wäre Träumerei. Auch wenn im Moment auf Basis der Unternehmenssteuerreform 2008 zumindest die Gewerbesteuer gesichert scheint, geht diese Aushöhlung in vielen Punkten weiter (siehe Folie 35).

Und dies betrifft beide föderale Ebenen über uns, den Bund und den Freistaat gleichermaßen. Im Zeitraffer die angezeigten Punkte:

- Durch einen neuen Verteilungsschlüssel bei der Verteilung der Umsatzsteuer, der im Rahmen einer Übergangsphase ab 2009 bis 2017 stückweise eingeführt wird, bekommt Nürnberg bereits ab 2009 ca. 650.000 € weniger, ab 2018 sind es dann nach heutigen Preisen 2,6 Mio. €. Es war in dem Verhandlungsverfahren bekannt, dass diese Regelung zu Lasten der großen Städte geht. Es sei mir erlaubt, aus einem Schreiben des Deutschen Städtetags zu zitieren, „*nachdem die Vertreter des bayrischen und baden-württembergischen Finanzministeriums den Eindruck erweckten, dass die Probleme, die sich hieraus für viele große und größere Städte in ihren Ländern ergeben, für ihre Positionen keine Rolle spielten.*“ Es ist ein Problem für uns, dass der Einfluss des Freistaats in solchen Fragen sich eher an den Interessen des flachen Lands orientiert als an den Interessen seiner Großstädte.
- Im Rahmen der Neuverteilung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer für die Jahre 2009 bis 2011 durch Umstellung auf die Einkommensteuerbasis 2004 wird die Stadt Nürnberg nach den aktuellen Berechnungen auf Basis einer Modellrechnung für 2006 knapp 3 Mio. € weniger einnehmen. In diesem Zusammenhang haben wir vor kurzem eine Zusammenstellung der Regierung von Mittelfranken erhalten, nachdem Nürnberg seit 1991 bei den jeweiligen Anpassungsrunden zur Berechnung der Schlüsselzahlen insgesamt 23 % verloren hat. Eine gewaltige Prozentzahl.
- Nach dem aktuell gültigen § 33 Grundsteuergesetz können Eigentümer einen Teilerlass der Grundsteuer beantragen, wenn der Rohertrag um mehr als 20 % gemindert ist und sie dies nicht zu vertreten haben. Nach neuester höchstrichterlicher Rechtsprechung kommt ein Erlass auch bei strukturell bedingtem Leerstand in Betracht. Daraus können sich massive Grundsteuerausfälle der Kommunen ergeben. Der Freistaat Sachsen hat deshalb einen Antrag in den Finanzausschuss des Bundesrates eingebracht, nach dem

nur bei einem Leerstand von mindestens 50 % Teilerlässe möglich sind. Der Bundesrat hat in seiner Sitzung letzten Freitag dem Antrag zugestimmt. Jetzt wird im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens zum Jahressteuergesetz darüber entschieden. Bayern hat den Antrag im Finanzausschuss abgelehnt. Die Stellungnahme des Bundesrates zum Jahressteuergesetz 2009 vom 19.09. greift jedoch den Vorschlag des Freistaates Sachsen auf und empfiehlt die 50 %-Regelung für Teilerlässe.

- Dann mal eine Absicht des Bundes: die Friedhofsverwaltung bekommt vom Bund 225.000 € pro Jahr als Entschädigung, dass sie in den Friedhöfen die Flächen für die Kriegsgräber bereitstellt. Diese Summe soll jetzt nur auf Nachweis eines Vermögensschadens gezahlt werden. Dieser wird nur anerkannt, wenn der jeweilige Friedhof voll belegt ist. Das ist Unsinn, weil wir ja die Flächen auch so vorhalten müssen. Wir haben uns an die örtlichen Bundestagsabgeordneten mit der Bitte um Unterstützung gewandt.
- Die Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft im SGB II, d.h. bei der ARGE, sinkt in 2009 von 31,2 % auf 25,6 %. Auch beim Bund wird mit der kommenden Nettoverschuldung Null gewunken, Nürnberg zahlt mit.
- Die beabsichtigte Reduzierung der Klassenstärken an den Schulen in Bayern ist bildungspolitisch richtig. Nach Aussage von BM Gsell fehlen in Nürnberg dann mindestens 100 Klassenzimmer. Das sind grob gerechnet 2 Schulen und ein zweistelliger Investitionsbetrag für Nürnberg. Ein Fall für das Konnexitätsprinzip – nach unserer Ansicht schon.

Forderungen an den Freistaat

In diesem Zusammenhang gibt es für die Landtagswahl einen Forderungskatalog des Bayerischen Städtetags an den Freistaat Bayern, unabhängig davon, wer nach dem kommenden Sonntag in München regiert. Dieser umfasst insgesamt 10 Punkte. Die Folie 36 zeigt diese im Überblick – das geht vom Schulthema bis zu den neuen Technologien.

Ich habe mal dem Anlass entsprechend einige finanzrelevante Forderungen aus diesem Papier ausgewählt, denen sich sicherlich auch der Nürnberger Stadtrat parteiübergreifend anschließen kann (Folie 37).

Das beginnt bei einer besseren Finanzierung des Ausbaus der Ganztageschulen nach dem Ende des IZBB-Programmes. Wichtig wäre hier auch eine Veränderung der Kriterien der FAG-Förderung für Baumaßnahmen in Ganztageschulen, die nicht unmittelbar dem Schulbetrieb dienen. Wir hatten zuletzt einen solchen Fall beim Sigena-Gymnasium, wo wir einen zusätzlichen Bau für die nichtschulischen Aktivitäten des Ganztagesbetriebs gebraucht hätten, wir den aber nicht bauen können, weil es nicht gefördert wird.

Zu den Personalkostenzuschüssen für kommunale Schulen muss man nichts mehr sagen. Die Kosten für die Stadt betragen 46 Mio. € pro Jahr. Die Zuschüsse im Bereich SchG decken nominal etwa 61 % ab, real sind es jedoch nur ca. 40 %.

Im Bereich Kinder und Jugend werden uns die künftigen Personal- und Betriebskosten der geplanten Einrichtungen massiv belasten. Diese betragen nach aktuellen Schätzungen zusätzlich im Endzustand des Ausbaus knapp 32 Mio. €. Die Forderung lautet: Ein Drittel tragen die Kommunen, ein Drittel der Freistaat, ein Drittel der Bund. Eine Unterstützung bei den steigenden Kosten der Jugendsozialarbeit wäre dringend notwendig. Und für die Kosten des Mittagessens bedürftiger Kinder gibt die Stadt aktuell 2 Mio. € pro Jahr aus.

Dies alles ist auch ein Grund für die Forderung nach einer Aufstockung der Schlüsselmasse von 11,7 % auf 15 %, aus der die Schlüsselzuweisungen bezahlt werden. Und dazu noch die Notwendigkeit einer Erhöhung des Anteils an der Umsatzsteuer, wenn, wie in der Föderalis-

muskommission geplant, die Kfz-Steuer zum Bund geht. Aus der Kfz-Steuer werden Ausgaben im Bereich Straßenbau, ÖPNV und Abwasserentsorgung und Wasserversorgung bezuschusst.

Der Bayerische Städtetag hat für die Vorbereitungen der Spitzengespräche für den Finanzausgleich 2009 darüber hinaus noch eine berechtigte Liste an Forderungen aufgestellt, die von der kostenadäquaten Erhöhung der Finanzausweisungen für die Erledigung staatlicher Aufgaben über die Erhöhung der Krankenhausfinanzierung, der Erhöhung der Investitionszuschüsse bis hin zur Beteiligung des Freistaats an den Jugendhilfeausgaben der kreisfreien Städte reichen.

Dies alles bedeutet, das Ringen mit den beiden anderen föderalen Ebenen um unsere finanzielle Basis wird auch in dieser Stadtratsperiode weitergehen. Ich gehe davon aus, dass der Kollege Brehm und ich im Finanzausschuss des Städtetags da an einem Strang ziehen.

Perspektiven für die Zukunft

Aber wir müssen uns auch selbst helfen. Und das führt zu der Frage, was wir aus eigener Kraft tun können. Folie 38 zeigt die auch im Hinblick auf die Finanzpolitik der kommenden Jahre aus meiner Sicht wesentlichen Punkte:

- **Keine weitere Erhöhung des Defizits** und der Verschuldung über den Entwurf hinaus.

Und da sind wir jetzt an einem ganz entscheidenden Punkt. Es gibt so eine Auffassung in der Verwaltung und im Rat, der Kämmerer macht einen Entwurf, der noch Luft nach oben hat, weil der Stadtrat sowieso noch was oben drauf legt. Das ist dieses Jahr anders: Ich habe Ihnen einen Haushalt vorgelegt, der keine Luft hat nach oben. Wir haben nahezu alles reingepackt, was unterjährig bestellt wurde, auch fast alles, was SPD und CSU im Eckpunktepapier verabredet haben. Das meiste davon ist sowieso Beschlusslage des Stadtrats. Ich habe es am Anfang meiner Rede schon mal gesagt: unser System arbeitet im Moment so, dass Stadtrat und Ausschüsse unterjährig weitgehend ohne Berücksichtigung der Frage der Finanzierbarkeit politische gewollte Beschlüsse fassen und am Ende des Jahres wird abgerechnet. Dann kann vieles reingepackt werden und manches nicht. Es scheint nur so, dass wir uns unterjährig ein bisschen zu viel bestellen, zu einem großen Teil auch bestellen müssen. Deswegen ist der Entwurf jetzt auch so auf Kante genäht. Wenn wir uns aber jetzt auch noch zu den HH-Beratungen zusätzliche Dinge bestellen, dann überreizen wir die Belastbarkeit unserer Stadtfinanzen. In diesem Zusammenhang noch eine Anmerkung zu dem legendären Beschluss der Sportkommission vom April dieses Jahres zum Ausgleich der energiebedingten Kostensteigerungen bei den Sportvereinen. Wir haben da jetzt für 2008 eine Teilsumme in Höhe von 100.000 € zur Verfügung gestellt. Dennoch bin ich der festen Überzeugung, dass es der Stadt nicht möglich ist, diese auch künftig zu erwartenden Kostensteigerungen zu tragen. Es gibt Veränderungen draußen, die werden Strukturveränderungen nach sich ziehen müssen. Bei den Sportvereinen ist dies vielleicht der weitere Prozess zum Zusammenschluss. Wie auch immer, der Blick auf unsere geplante Nettoneuverschuldung zeigt, dass wir nicht alle negativen Veränderungen abfedern können.

Insofern bitte ich Sie, diese oberen Grenzen zu akzeptieren. Wir haben sie für den Stadtrat sehr weit ausgelotet. Und das Kämmereipaket für den November füllt sich schon wieder in Millionenhöhe. Umschichtungen gehen immer, da ist der politische Gestaltungswille des Stadtrats das oberste Primat. Aber mein Appell: Keine Ausweitung des Defizits beim Ergebnishaushalt, keine Ausweitung der Höhe der Investitionen!

- Mittragen eines **Sparpakets** mit unterschiedlichen zeitlichen Realisierungsstufen und eine **Verschlankeung/Modernisierung der Verwaltung**
- Das Ziel des Einstiegs in die **Verringerung der Schuldenlast** noch in dieser Stadtratsperiode
- Bewusstmachen, dass die finanzielle Leistungsfähigkeit der Stadt unmittelbar mit der **Wirtschaftskraft unserer Unternehmen und der Leistungsfähigkeit unserer Arbeitnehmer** verbunden ist. Alle drei der vier wichtigen Steuerquellen kommen entweder von den Unternehmen selbst oder aus den Einkommen der Beschäftigten. Deshalb ist es richtig,
 - die Investitionen in unsere **Verkehrsinfrastruktur** mitzutragen (Frankenschnellweg, ÖPNV, Radwege)
 - die weitere Entwicklung der **wirtschaftlichen Infrastruktur**, wie etwa der Messe, zu unterstützen
 - in **Bildungs- und Kinderbetreuungseinrichtungen** zu investieren
 - in **wirksame Jugend- und Sozialpolitik, in Kultur und Integration** zu investieren, weil Lebenschancen und sozialer Friede, Toleranz und Kreativität ebenfalls Basis des wirtschaftlichen Erfolgs Nürnbergs sind. Oder mit den Worten des aktuellen Finanzministers Steinbrück zu sprechen: *„Soziale Stabilität ist einer der wichtigsten Standortfaktoren für die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit unserer Gesellschaft“*

Diesen **Weg einer gestaltenden Finanzpolitik** schlage ich Ihnen mit dem nun vorliegenden Haushaltsentwurf vor.

Meine Mitarbeiter und ich stehen Ihnen in den nächsten Wochen und Monaten für Fragen zur Verfügung. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Nürnberg, im September 2008



Harald Riedel
(Stadtkämmerer)

- Es gilt das gesprochene Wort -